

Maik S. Förster
OT Oberlichtenau
Am Schlosspark 2
01896 Pulsnitz
info@evangtours.de

c/o EEB-Landesstelle:
Barlachstraße 3 01219 Dresden
08.12.2010
Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Unser Zeichen:

Sehr geehrter Herr Förster,

es freut uns, dass die Stellungnahmen der AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus Ihr Interesse finden. Allerdings zeigt uns Ihr Schreiben (siehe untenstehend), dass Sie sich in Bezug auf einige elementare Zusammenhänge im Irrtum befinden. Wir erlauben uns, dies richtig stellen.

1. Die AG Kirche für Demokratie arbeitet nicht „unter dem Deckmantel der Kirche“, wie Sie es in Ihrem Schreiben wännen, sondern ist eine offiziell anerkannte Einrichtung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens und des Bistums Dresden-Meißen. Die Bischöfe und die Kirchenleitungen beider Kirchen unterstützen die Arbeit der AG. In ihrer Arbeit setzt die AG Beschlüsse der Kirchen um. Exemplarisch benannt sein sollen an dieser Stelle:
 - Beschluss der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Erklärung der EKD-Synode zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland vom 29. Oktober 2009.
 - Erklärung der Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zur Eröffnung des Aktionsjahres „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie - gegen Rechtsextremismus“ vom 1. Februar 2009
 - Beschluss der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens vom 16. November 2009

Alle benannten Organe sprechen sich ausdrücklich für eine explizite Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aus, um unsere Demokratie zu stärken. Diesem Auftrag folgt die AG.

Die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus verwahrt sich gegen die Behauptung, dass sie Wegbereiter für Extremist_innen ist oder Formen von Extremismus duldet! Wir fordern Sie auf, diese Aussagen zurückzuziehen!

2. Die aktive und explizite Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bedeutet mitnichten eine automatische Förderung des Linksextremismus, wie Sie es in ihrem Schreiben der AG - und damit auch den beauftragenden Kirchen - fälschlich unterstellen. Sie bedeutet vielmehr die Auseinandersetzung mit dem gegenwärtig drängenden Problem einer in der Gesellschaft erschreckend weit verbreiteten Toleranz für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und völkischem Nationalismus, mitunter gepaart mit einer beängstigenden Geschichtsvergessenheit und Verharmlosung der Verbrechen der Nationalsozialistischen Herrschaft. Demgegenüber finden linksextreme Vorstellungen eines gewaltsamen Umsturzes zur Diktatur des Proletariats in der Bevölkerung derzeit so gut wie keinen Rückhalt. „Während die Pest wütet, bekämpfe ich nicht die Cholera.“ Es geht hier nicht um die abstrakte Definition von „tödlichen Krankheiten“ für die Demokratie, sondern um akute Nothilfe. Welchen Sinn hat die Forderung, man dürfe nur dann etwas gegen die gegenwärtige Pestepidemie



unternehmen, wenn stets in gleichem Maße die Pestkranken gegen Cholera behandelt würden, die aktuell gar nicht ausgebrochen ist? Wer solches fordert, muss sich fragen lassen, ob er nicht damit der Seuche Vorschub leistet, in dem er ihre Bekämpfung behindert.

3. In Ihrem Schreiben erwähnen Sie als Beispiel die Sicherheitskontrollen auf den Flughäfen. Was würden Sie davon halten, wenn die Sicherheitsbehörden ihre hoheitliche Aufgabe der Sicherheitsgewährung künftig per Unterschrift unter eine Gesinnungserklärung an die Fluggäste delegieren würden? Jeder Fluggast müsste mit seiner Ticketbuchung unterschreiben, dass er stets alle Gesetze einhalte, keine den Sicherheitsbestimmungen zuwiderlaufenden Gegenstände in das Flugzeug nehmen und dies auch für die Sitznachbarn in derselben Reihe sicherstellen werde. Wer dies nicht unterschreibt, würde sich selbst zum Terroristen/ zur Terroristin erklären. Das gleiche geschieht, wenn doch eine Schere oder zuviel Flüssigkeit in seinem oder dem Gepäck des Nachbarn gefunden wird. Könnten Sie sich unter solchen Umständen noch in ein Flugzeug vertrauen?

Aus unserer Sicht ist das eine absurde Vorstellung - aber sie ist der geforderten Erklärung sehr verwandt.

Die Werteordnung des Grundgesetzes ist Grundlage unserer Arbeit ebenso wie des AKuBiZ in Pirna. Die Weigerung, eine sachlich unsinnige Erklärung zu unterzeichnen, welche die demokratische Kultur nicht fördert, sondern aushöhlt, zeugt von Mut und klarem Unterscheidungsvermögen.

Selbstverständlich soll der Staat keine Bestrebungen fördern, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind. Er muss dies aber selbst anhand transparenter Kriterien überprüfen und kann die Verantwortung dafür nicht einfach per Unterschrift auf Zuwendungsempfänger_innen abwälzen, die zudem in gegenseitige Sippenhaft genommen werden sollen.

4. Leider enthält Ihr Schreiben eine falsche Formulierung, mit der Sie Millionen unschuldiger Menschen mit einer ungerechtfertigten Unterstellung zu Feinden und Gewalttäter_innen stilisieren. Als Ursache für die Sicherheitskontrollen benennen Sie „islamische“ statt wie es richtig heißen müsste „islamistische“ Terroristen. Dabei dürfte Ihnen als aktivem Politiker der Unterschied zwischen der Religion des Islam und seinem politischen Missbrauch im Islamismus bekannt sein. Nun ließe sich annehmen, dass dies lediglich ein unachtsamer Schreibfehler war. Die Tatsache, dass Sie auf Ihrer Internetseite prominent Mitteilungen des antiislamischen Hetzportales „politically incorrect“ präsentieren und dafür Werbung machen, lassen diese Annahme jedoch unwahrscheinlich werden. Damit leisten Sie leider keinen Beitrag zur Völkerverständigung, sondern unterstützen Initiativen, die statt der notwendigen sachlichen Auseinandersetzung durch Sammlung tendenziöser Berichte lediglich Hass schüren.

5. Sie selbst waren 2003 Mitglied der rechtspopulistischen Schill-Partei und sind 2008 über die Wahlliste des ebenfalls rechtspopulistischen „Wahlbündnisses Arbeit-Familie-Vaterland“ in den Bautzner Kreisrat eingezogen. Dieses Bündnis – in der Biografie auf Ihrer Webseite nur verschämt als „AFV“ abgekürzt – hat selbst Artikel unseres Grundgesetzes in Frage gestellt, in denen es um die Gleichheit von Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft, ihrem Glauben, ihres Geschlechtes oder ihrer sexuellen Orientierung geht. Dabei nehmen nicht wir die Einordnung rechtspopulistisch vor, sondern sie ist die durch Politik und Politikwissenschaft definierte Bezeichnung.

Würde die von uns kritisierte Unterschriftsklausel flächendeckend eingesetzt, so könnten auch Sie damit ernsthafte Probleme bekommen.

Als Politiker und Christ, der für sich in Anspruch nimmt, sich für Demokratie einzusetzen (www.maik-foerster.de) laden wir Sie ein, sich die politischen Folgen einer solchen „Anti-Extremismus-Erklärung“ noch einmal zu durchdenken. Sie werden dann gewiss zu dem Schluss kommen, dass die mit einer solchen Erklärung verbundenen Probleme auch für Sie sichtbar werden.

Da Sie Ihre Antwort nicht nur an uns gesendet, sondern auch auf Ihrer Internetseite veröffentlicht haben, fordern wir Sie auf, diese Antwort als Gegendarstellung ebenfalls auf Ihrer Internetseite zu publizieren. Im Übrigen möchten wir Sie dazu ermuntern, auch in Ihrer Umgebung Kontakt zu Gruppierungen aufzunehmen, die sich gegen die Gewalt von Neonazis engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

Für die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus

Karl-Heinz Maischner, Pfarrer
Leiter der EEB Sachsen

Christian Kurzke, Studienleiter
Evangelische Akademie Meißen



Wortlaut der E-Mail von Maik Förster an die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus vom 17.11.2010:

AG
Kirche für Demokratie
gegen Rechtsextremismus
Evangelische Erwachsenenbildung
Barlachstrasse 3
01219 Dresden

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Verwunderung lese ich Ihr Papier "Gesinnungsprüfung im Schneeballprinzip".

Nach dem aktuell vorliegenden Verfassungsschutzbericht ist nicht nur der Rechtsextremismus eine Gefahr für die Demokratie, sondern auch der Linksextremismus und der Islamismus.

Da Sie diese Extremismusformen bereits im Titel Ihrer Arbeitsgruppe ausschließen, liegt der Verdacht nahe, dass Ihre AG unter dem Deckmantel der Kirche Wegbereiter für diese Extremisten ist oder diese Formen zumindest duldet.

Nur so ist die Unterstützung für die Ablehnung der Erklärung zu verstehen, welche den Freistaat absichern soll, Gelder für keine der möglichen Extremismusformen auszureichen.

Der Hinweis auf Generalverdacht greift in der Extremismuskonzeption überhaupt nicht. Als Vielflieger erlebe ich dauernd, dass ich auf Bomben untersucht werde, und Millionen von Passagieren, darunter Kinder, dürfen wegen islamischer Terroristen keine Getränke mehr mit an Bord oder den Transitbereich nehmen. Das kostet die Europäer Millionen. Hier stehen alle unter Generalverdacht, und das ist auch gut so - denn alle wollen heil ankommen.

Ich als Steuerzahler möchte ausschließen, dass meine Zahlungen für Formen des Extremismus verwendet werden. Dabei ist es unerheblich, ob rechts, links, moslemisch oder sonstwelche Extremismusformen. Deshalb ist die Haltung des Freistaates zu unterstützen, die Zahlungsempfänger auf das Grundgesetz zu verpflichten.

Mit freundlichen Grüßen

Maik S. Förster
fraktionsloser Kreisrat

